



Positionspapier (Stand 26.02.2020)

FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Gute Bildung beginnt bereits im Kleinkindalter und nicht erst in der Grundschule. Kindertagesstätten (Kitas) sind daher Bildungseinrichtungen mit weit mehr als einem reinen Betreuungsauftrag und müssen als solche gestaltet werden. Konkret gibt es drei Handlungsfelder: Gebührenfreiheit, Betreuungskapazitäten und Qualitätsentwicklung. Diese Handlungsfelder gilt es sinnvoll miteinander zu verknüpfen, statt sie gegeneinander auszuspielen. Eltern sollten sich niemals zwischen einem guten und einem günstigen Angebot entscheiden müssen – ein Land wie Baden-Württemberg muss seinen Familien überall qualitätsvolle und gebührenfreie Bildung bieten.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert zur Stärkung der frühkindlichen Bildung:

1. Ein schlüssiges Gesamtkonzept zur frühkindlichen Bildung und dem Übergang in die Grundschule erarbeitet von einer Enquête Kommission
2. Die Abschaffung von Kita-Gebühren zur Entlastung von Familien
3. Ein Maßnahmenpaket, um mehr pädagogische Fachkräfte für die frühkindliche Bildung zu gewinnen und dort zu halten, z.B. durch mehr Ausbildungsplätze, bessere Arbeitsbedingungen, finanzielle Besserstellung, klare Entwicklungsperspektiven und feste Leitungszeiten
4. Mehr finanzielle Unterstützung des Landes beim bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsplätze und flexiblen Betreuungszeiten
5. Bessere Qualität in den Kitas durch landesweit verbindliche Standards und bessere individuelle Förderung

1) GESAMTKONZEPT ZUR FRÜHKINDLICHEN BILDUNG UND DEN ÜBERGANG ZUR GRUNDSCHULE

Wir fordern die Einsetzung einer Enquête-Kommission mit Schwerpunkt frühkindliche Bildung und Grundschule.

Ein solches Gremium ermöglicht den parteiübergreifenden Diskurs und erarbeitet mit Hilfe von Expertise aus Wissenschaft und Praxis konkrete Handlungsempfehlungen. Im Mittelpunkt sollen dabei nachhaltige Maßnahmen und ein stimmiges Gesamtkonzept zur Umsetzung wichtiger bildungspolitischer Ziele sein wie z.B. Bildungsungleichheit vermindern, bestmögliche Förderung jedes Kindes bei wachsender Heterogenität in den Gruppen und Klassen, Steigerung der Leistungsfähigkeit, Sicherstellung einer guten Betreuungs- und Unterrichtsversorgung, erfolgreiche Fachkräftegewinnung, professionelle Personal- und Organisationsentwicklung.

2) ABSCHAFFUNG VON KITA-GEBÜHREN

Wir fordern die Abschaffung der Gebühren für die Kita und Kindertagespflege im Umfang von 35 Stunden (Grundbetreuung) von der Geburt bis zur Einschulung.

Bildung muss gebührenfrei sein und zwar von der Kita bis zum Master oder Meister. Derzeit zahlen Familien in Baden-Württemberg jeden Monat mehrere hundert Euro für die Betreuung ihrer Kinder, um arbeiten gehen zu können. Kita-Gebühren wirken damit wie eine Steuer für Familien und untergraben so andere Maßnahmen, die zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf unternommen werden. Die Gebührenfreiheit leistet einen Beitrag zur Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in unserem Land, da es bisher vom Wohnort abhängt, wie viel der Besuch einer Kita oder die Betreuung in der Kindertagespflege kostet. Es darf nicht weiter von der finanziellen Lage einer Kommune abhängen, ob die Kitas gebührenfrei sind oder nicht. Kommunen und anderen Kita-Träger sollen daher eine Ausgleichzahlung vom Land beantragen können, wenn sie auf die Erhebung von Elternbeiträgen für die Grundbetreuung verzichten.

3) MAßNAHMENPAKET ZUR FACHKRÄFTEGEWINNUNG

Wir fordern die Umsetzung eines umfassenden Maßnahmenpakets, um mehr pädagogische Fachkräfte für die frühkindliche Bildung zu gewinnen und dort zu halten.

Um den Ausbau der Betreuungskapazitäten umsetzen und eine Qualitätsentwicklung in Gang setzen zu können, braucht es eine Fachkräfteoffensive mit folgenden Maßnahmen:

a) Ausbildungskapazitäten erhöhen:

- Die Kapazitäten der Berufsfachschulen für die Ausbildungen zum bzw. zur staatlich anerkannten Erzieher/-in (4 Jahre) bzw. Kinderpfleger/-in (2 Jahre) müssen ausgebaut werden. Dazu braucht es mehr Fachschullehrkräfte, die durch gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Besoldung gewonnen werden müssen.
- Insbesondere die Praxisintegrierte Ausbildung (PiA, 3 Jahre) ist sehr beliebt, weil die angehenden Erzieher/-innen von Beginn eine Vergütung erhalten. Die Ausbildung sollte auch in Teilzeit möglich sein, um weitere Interessenten/-innen zu gewinnen. Auch für Kitas muss es klare Anreize geben, mehr PiA-Plätze anzubieten. Zum Beispiel sollten Auszubildende nicht auf den Betreuungsschlüssel angerechnet werden, da sie noch keine qualifizierten Fachkräfte sind.

b) Arbeitsbedingungen verbessern:

- Um die Berufsbilder der Erzieher/-in und Kinderpfleger/-in attraktiver zu machen, sollten befristete Arbeitsverhältnisse möglichst vermieden und tarifliche Vereinbarungen auf alle Einrichtungen, egal ob in kommunaler oder kirchlicher bzw. freier Trägerschaft, übertragen werden.
- Die Einführung von Zulagen sollte ebenfalls geprüft werden, um mehr Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen, z.B. für Anleiter/-innen von Auszubildenden sowie Leitungen.

c) Studierende gewinnen:

- Es braucht auch mehr Studienplätze an den Hochschulen für Kindheitspädagoginnen/-innen. In einem ersten Schritt ist eine Erhöhung um 200 Studienplätze sinnvoll. Ebenso essentiell wie deren Ausbildung ist, dass die Absolvent/-innen dann auch für den frühkindlichen Bereich gewonnen werden.
- Wichtige Schritte sind eine ihrer akademischen Qualifikation entsprechenden Eingruppierung (mind. entsprechend EG 11 TVöD wie z.B. Sozialarbeiter/in) und Funktionen. Bereits die Anleitung im Praxisteil der Ausbildung muss auf diese zukünftigen Aufgaben ausgerichtet sein.
- Mittelfristig sollten im Sinne der Qualitätsentwicklung und angesichts des hohen Personalbedarfs 30 Prozent der Beschäftigten in einer Kindertageseinrichtung eine akademische Ausbildung haben. An den Kosten, die durch die höhere Eingruppierung dieser Stellen entstehen, muss sich das Land beteiligen.

d) Gute Betreuungssituation gewährleisten:

- Die Fachkraft-Kind-Relation ist ein Qualitätsmerkmal und muss auf einem hohen Niveau gehalten werden. In Kinderkrippen betreut eine Fachkraft im Schnitt 3,0 Kinder, in Kindertagesstätten 7,0 Kinder¹ – Baden-Württemberg ist damit bundesweit Spitzenreiter.
- Zukünftig sollten solche Berechnungen jedoch differenzierter angestellt werden, um ein realistisches Bild davon zu erhalten, wie viel Zeit unmittelbar für die Betreuung der Kinder zur Verfügung steht.
 - Mittelbare pädagogische Arbeit der Erzieher/-innen sollte mit rund 25 Prozent der Arbeitszeit berechnet werden, z.B. Elternarbeit, Dokumentation und Fortbildungen.
 - Da Auszubildende angeleitet werden müssen, sollten sie in der Fachkraft-Kind-Relation nicht berücksichtigt werden.

¹ Ländermonitor 2019 der Bertelsmann Stiftung
Positionspapier frühkindliche Bildung

- Für nicht pädagogische Arbeiten, z.B. im Bereich Verwaltung und Hauswirtschaft, sollten die Einrichtungen entsprechende Fachkräfte zur Unterstützung einstellen können.

e) Kita-Leitungen unterstützen:

- Es braucht klare und landesweit einheitliche Regelungen zur Leitungszeit, damit Aufgaben der pädagogischen Leitung, des Personalmanagements, der Kooperationen mit anderen Einrichtungen und Grundschulen, der Organisationsentwicklung und Betriebsführung erledigt werden können, ohne dass dies Einschnitte in der Betreuung der Kinder bedeutet. Dank des Gute-Kita-Gesetzes des Bundes kann in Baden-Württemberg ab 2020 flächendeckend Leitungszeit gewährt werden. Das Land muss diese langfristig finanzieren und ausbauen. Perspektivisch sollte pro Kitagruppe 25 Prozent einer Vollzeitstelle als Leitungszeit deklariert werden.
- Die Eingruppierung von Leitungskräften darf nicht länger von der Anzahl der Kinder in einer Einrichtung abhängen.

f) Inklusion und Integration fördern:

- Kitas sollten für die Umsetzung von Inklusion und Aufnahme von jungen Geflüchteten zusätzliche Ressourcen erhalten. Für die Betreuung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf muss zusätzliches heilpädagogisches Personal eingestellt werden. Junge Geflüchtete sollten in der Fachkraft-Kind-Relation mitgerechnet und auch für den Gruppenteiler berücksichtigt werden.

g) Kindertageseltern besser bezahlen:

- Die Kindertagespflege muss besser ausgestattet werden und mittelfristig auf einen Stundenlohn von 9,50 Euro kommen. So können bereits ausgebildete, aber derzeit inaktive Kindertageseltern wieder aktiviert und neue Interessierte für die Ausbildung gewonnen werden.
- Bei der Beschränkung der Betreuungsverhältnisse einer Kindertagesmutter oder eines Kindertagespflegevaters müssen neben der Anzahl der Kinder auch verstärkt der Betreuungsumfang berücksichtigt werden.

4) AUSBAU DER BETREUUNGSKAPAZITÄTEN

Wir fordern den bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungskapazitäten und flexiblere Betreuungszeiten.

- **Mehr Betreuungsplätze:** Die Betreuungsplätze müssen weiterhin bedarfsgerecht ausgebaut werden, insbesondere mit Blick auf die steigenden Geburtenraten. Dabei müssen die Bereiche für unter und über Dreijährige gleichermaßen in den Blick genommen werden. Das Land muss sich für eine Weiterführung und Anpassung (u.a. Fördersätze an gestiegene Baupreise anpassen) des Investitionsprogramms des Bundes zur Kinderbetreuungsfinanzierung (2017-20) einsetzen und darüber hinaus eigene Mittel zur Schaffung von Plätzen zur Verfügung stellen.
- **Flexible Betreuungszeiten:** Auch die Betreuungszeiten müssen den Wünschen der Eltern besser entsprechen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Vielerorts bedeutet das mehr Ganztagsplätze und auch Angebote für Eltern im Schichtdienst. Grundvoraussetzung für mehr Betreuungskapazitäten und flexiblere Öffnungszeiten der Kitas sind natürlich ausreichend Fachkräfte, weswegen die oben skizzierte Fachkräfteoffensive notwendig ist.

5) VERBINDLICHE QUALITÄTSSTANDARDS

Wir fordern verbindliche Qualitätsstandards sowie eine aktive Unterstützung der Kitas und Kindertagespflege bei deren Umsetzung.

- **Verbindlicher Orientierungsplan:** In Baden-Württemberg muss der Orientierungsplan (in Kraft seit 2006) verbindlich gemacht werden und zwar für alle Einrichtungen unabhängig von deren Trägerschaft. Die Kindertagespflege sollte auch in den Orientierungsplan aufgenommen werden.

- **Echte Qualitätssiegel statt Etikettenschwindel:** Eine Diskussion über die Zertifizierung von Kindertageseinrichtungen macht nur Sinn, wenn es klare Kriterien, eine Prozessbegleitung und die Unterstützung des Landes bei deren Umsetzung gibt. Bislang weigert sich das Kultusministerium jedoch überhaupt die Kosten zu berechnen, die mit der verbindlichen Umsetzung der bereits formulierten Qualitätsstandards im Orientierungsplan einhergehen würden.
- **Individuelle Förderung:** Es muss sichergestellt sein, dass alle Kinder individuell gefördert werden. Insbesondere wenn ein Förderbedarf festgestellt wird, muss unabhängig vom Wohnort auch ein entsprechendes Förderangebot zugänglich sein. Mehr Diagnostik u.a. durch eine erweiterte Schuleingangsprüfung allein bringt noch keinen Mehrwert. Bisher gibt es im Bereich Sprachförderung beispielsweise zahlreiche gute Projekte (u.a. Kolibri oder Singen-Bewegen-Sprechen), aber kein flächendeckendes Angebot und auch kein stimmiges Gesamtkonzept.
- **Flexiblere Einschulung:** Der Stichtag für den Beginn der Schulpflicht soll schrittweise vom 30. September auf den 30. Juni vorverlegt werden. Eltern von Kindern, die in der Zeit von Juli bis September sechs werden, müssen das volle Entscheidungsrecht darüber erhalten, ob die Einschulung im selben oder folgenden Jahr erfolgen soll.

Mit diesen Forderungen beschreitet die SPD-Landtagsfraktion weiter den erfolgreichen Weg der letzten Legislatur. Im „Pakt für die Familien“ hatte die SPD die Zuschüsse für Kitas um mehr als 660 Millionen Euro und für die Kindertagespflege um 34 Millionen Euro erhöhte, sowie die Sprachförderung mit 21 Millionen Euro ausstattete. Zudem wurde mit der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) für Erzieher/-innen ein bundesweites Leuchtturmprojekt etabliert und Baden-Württemberg mit Blick auf die Fachkraft-Kind-Relation im Ländervergleich auf den Spitzenplatz geführt.

Februar 2019 | SPD-Landtagsfraktion (aktualisiert im Februar 2020)

Ansprechpartner: Daniel Born MdL, Sprecher für frühkindliche Bildung und Jana Ehret, parlamentarische Beraterin Kultus, Jugend und Sport